

europa sozial

2:09

- ★ **Kommissionspräsident**
- ★ **Armut bekämpfen**
- ★ **Sicherheitslücke auf den Straßen**



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament
Elisabeth Schroedter, MdEP





Liebe Leserin, lieber Leser,

als erstes möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Unterstützung bei der Europawahl bedanken. Die Bündnisgrünen hatten mit 12,1 Prozent bundesweit zugelegt. So hat es nicht nur für mich auf Platz 13, sondern auch für Platz 14 gereicht. Auch in den anderen Ländern haben die Grünen Parteien gewonnen. So ist unsere Fraktion von 43 auf 55 Abgeordnete angewachsen und wir sind viertstärkste Kraft im neuen Parlament. Der gemeinsame Wahlkampf für ein nachhaltiges Entwicklungskonzept für Europa, einen »Green New Deal«, war erfolgreich.

Dieser guten Nachricht folgt die schlechte: Wir konnten die Wiederwahl Barrosos nicht verhindern. Seine neoliberale Politik hat die mehrheitliche Unterstützung im Parlament. Seine Zugeständnisse bzgl. der wichtigen Baustelle »Soziales Europa« klingen zwar gut, dahinter stehen jedoch nachweislich keine sozialen Konzepte. Dies zeigt allein das Beispiel Entsenderichtlinie.

Die neuen Mehrheiten spiegeln sich auch in der Abstimmung zu den Arbeitszeiten im Straßenverkehr im Beschäftigungsausschuss wider. Doch auch hier gibt es eine positive Nachricht: Die Grüne Kraft ist von drei auf vier Stimmen gewachsen und stellt mit mir auch eine Vizepräsidentin. Lesen Sie mehr dazu auf den folgenden Seiten.

Ihre

Elisabeth Schwaiblmair

Wer ist der alte und neue Kommissionspräsident – ein Pinocchio?

Jose Manuel Barroso liebt es, im Blitzgewitter der Kameras zu stehen. Er gibt den Anschein, dass dies für ihn ein wesentlicher Grund war, unbedingt eine zweite Amtszeit anzustreben. Denn ansonsten sprach wenig dafür. Ihm ist es fünf Jahre lang nicht gelungen, eine Vision von Europa zu entwickeln. Er brachte Europa nicht voran, denn er versagte, als es um eine weltweit wegweisende Klimastrategie ging. Seine Kommission ging vor dem Lobbying der Großen in der europäischen Industrie in die Knie und ließ die notwendigen Klimaziele und ihre Umsetzungsstrategien wieder in der Schublade verschwin-

den. Er reagierte viel zu langsam beim Krisenmanagement während der Finanzkrise und hatte auch hier nicht den Mut für zukunftsweisende nachhaltige Konzepte. Dem Ruf nach einem sozialeren Europa aus

der europäischen Bürgerschaft hielt er fünf Jahre lang eine neoliberale Politik entgegen. Systematisch unterhöhlte er die Dienste der Daseinsvorsorge und setzte sie unter den Wettbewerbsvorbehalt. Viele Bürgerinnen und Bürger wendeten sich enttäuscht von der Europäischen Union ab. Europaskeptiker bekamen Aufwind. Die Mehrheit der Europaabgeordneten sieht in Barroso einen schwachen Kommissionspräsidenten, der eher zur Marionette des Rates wird, als zusammen mit dem Parlament die Integration Europas voran zu bringen. Seine Wiederwahl im Parlament stand auf dem Spiel. So war

auch der Beschluss des Parlaments zur Vertagung der Abstimmung über den Kommissionspräsidenten vom Juli in den September zu verstehen. Barroso legte daraufhin im Herbst dem Parlament ein Programm vor, um den Zweifeln an seiner Führungskraft und dem Ruf seiner Konzeptlosigkeit zu begegnen. Er widmete sich darin auch dem sozialen Europa, obwohl er wenige Seiten davor noch den Binnenmarkt für die Dienstleistungen lobte. Als auch im September seine Wiederwahl zu Scheitern drohte, machte er den Liberalen im Bereich Antidiskriminierungspolitik Zugeständnisse und



versprach ihnen einen Kommissar für Grundrechte. Uns Grüne versuchte er mit einem Kommissar für Klimafragen zu ködern. Da er sich aber weigerte, inhaltlich klare Zusagen für mehr Klimaschutz zu machen, blieben wir bei einem »Nein«. Denn unsere Zweifel räumte er nicht aus. Vor allem aber beim sozialen Europa waren seine Aussagen Bluff, obwohl er damit die Sozialdemokraten und die Fraktion der Ultralinken für sich gewinnen wollte. Auf meine konkrete Frage, ob er die Entsenderichtlinie ändern wird, damit die einseitige Auslegung der Laval-, Ruffert- und Luxemburg-Urteile



korrigiert wird, gleiche Löhne und nicht nur Mindestlöhne an einem Arbeitsplatz gelten und das Streikrecht gesichert wird, machte er einen wohlklingenden, aber nicht umsetzbaren Vorschlag. Mit einer Umsetzungsverordnung sollen die Lücken in der Richtlinie geschlossen werden. Eine Verordnung ist jedoch im Europäischen Recht gesetzlich höherrangig als eine Richtlinie. Sie lässt keinen Umsetzungsspielraum für die Mitgliedstaaten, verlangt aber eine Einstimmigkeit im Rat. Diese kann gar nicht zustande kommen, weil in einer Verordnung die Vielfalt der sozialen Systeme nicht zufriedenstellend erfasst werden kann. Wegen dieser Vielfalt brauchen wir im Arbeitsrecht zwar klare Normen, aber auch Flexibilität in der Umsetzung. Also kann nur eine Richtlinie das richtige Rechtsinstrument sein. Deshalb gibt es nur eine Antwort für diese Situation, die durch die einseitige Auslegung der Urteile entstanden ist – nämlich eine Verbesserung der existierenden Richtlinie. Das hatte Barroso bei seiner Präsentation in unserer Fraktion mit der Begründung, dass der Widerstand im Rat dafür zu groß sei, abgelehnt. Der Widerstand für eine Verordnung in diesem Bereich ist aber aus o.g. Gründen weitaus größer. Eine Verordnung wäre schlichtweg nicht durchsetzbar. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ihm dies als Kommissionspräsident mit fünfjähriger Erfahrung nicht bekannt ist. Seine schönen Worte darüber, wie er gleichen Lohn für gleiche Arbeit an gleichen Platz herstellen will, hören sich gut an. Es scheint ihn nicht zu stören, dass er mit seinem Vorschlag die Umsetzung auf Sankt Nimmerlein vertagt hat. Er wollte ja nur wiedergewählt werden. Barroso ist es trotz seiner Ankündigungspolitik nach der Art eines Pinocchio gelungen, die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich zu bekommen. Euroskeptiker, Konservative und Liberale wählten ihn. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass es sehr schwer sein wird, ein sozialeres Europa in den nächsten Jahren durchzusetzen.

2010: Europäisches Jahr der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung

Die Europäische Union (EU) ist eine der reichsten Gegenden der Welt. Trotzdem haben 17 Prozent der Europäer nicht genügend Mittel, um sich ihre grundlegendsten Bedürfnisse erfüllen zu können. Die Beseitigung von Armut in der Europäischen Union soll bis 2010 entscheidend voran gebracht werden, heißt es in der Lissabon-Strategie der EU-Staats- und Regierungschefs aus dem Jahr 2000. Zum Prüfstein dieser Erklärung wird das kommende Jahr, das von der EU-Kommission zum »Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung« (E) 2010) ausgerufen wurde.¹

Das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung zu stärken und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen zu schärfen – das sind

die Ziele des Europäischen Jahres 2010. Dafür hat die EU 17 Millionen Euro in einem Aktionshaushalt eingestellt. In Deutschland stehen rund 1,25 Millionen Euro Projektfördermittel bereit.

Wohlfahrts- und Betroffenenverbände, Initiativen, Vereine und freie Träger aus allen Teilen Deutschlands haben rund 800 Projektvorschläge bei der Nationalen Durchführungsstelle, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, eingereicht. Davon werden in den nächsten Wochen zwischen 30 und 50 Projekte ausgewählt und finanziell gefördert. Die Projektausschreibung bezog sich schwerpunktmäßig auf drei Bereiche: die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut, die Selbsthilfe durch den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben und die Förderung und Betreuung von Menschen außerhalb des Arbeitsmarktes.²

Das Europäische Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung wird sich nicht auf diese Projekte beschränken, es bietet vielmehr Raum für Aktionen und

Kampagnen auf verschiedenen Ebenen, um auf die Situation ausgegrenzter Menschen aufmerksam zu machen. In Deutschland wird die Auftaktveranstaltung am 25. Februar 2010 in Berlin stattfinden.

Im Beschäftigungs- und Sozialausschuss werden wir die Fragen Armut und soziale Ausgrenzung in den Vordergrund stellen. Wir von der GRÜNEN/EFA-Fraktion wollen in dem Jahr das Thema Mindesteinkommen auf die Tagesordnung setzen. Wir werden in dem Jahr aber auch mit der Allianz der sozialen Nichtregierungsorganisationen darum kämpfen, dass die Soziale Agenda wieder fester Bestandteil der großen Wirtschafts- und Sozialstrategie der EU (im so genannten Lissabon-Prozess) wird.

¹ Informationen der EU-Kommission zum Jahr gegen Armut und Ausgrenzung finden Sie unter <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=637>



² Ab November informiert eine eigene Webseite unter www.mit-neuem-mut.de über geplante Aktionen und Projekte in Deutschland.



Arbeitszeit im Straßentransport:

Keine doppelten Sicherheitsstandards

Der Kampf um einheitliche Sicherheitsstandards im Straßentransport geht in die zweite Runde. Im neuen Beschäftigungsausschuss gab es keine Mehrheit für die Position des Beschäftigungsausschusses im alten Parlament. Sie wurde mit 24:25 abgelehnt. Diese Ablehnung spiegelt das neue Kräfteverhältnis im Europäischen Parlament wider. Die neoliberalen Kräfte haben zugenommen und damit die Mehrheit. Es wird in Zukunft sehr viel schwerer

es nicht. Damit wird bei selbstständigen Kraftfahrer/innen der Sicherheitsstandard gesenkt. Übermüdung des Fahrpersonals ist eine der häufigsten Unfallursachen im gewerblichen Bus- und Lkw-Verkehr. Die Aufweichung der Richtlinie gefährdet nicht nur sie, sondern alle Teilnehmer/innen im Straßenverkehr. Die von uns unterstützte umfassende Regelung kann dazu beitragen, dass die erschreckende Zahl von jährlich fast 40.000



werden, den Schutz und die Rechte der Arbeitnehmer/innen zu verbessern. Mit diesem Dossier sind aber nicht nur diese, sondern ist auch die Sicherheit im Straßenverkehr niedergestimmt worden.

Die gültige Richtlinie (2002/15/EG) legt für alle Kraftfahrer/innen, egal ob angestellt, selbstständig oder scheinselfständig, die Höchstarbeitszeiten und Ruhephasen fest. Das hatte das Parlament vor einigen Jahren so durchgesetzt. Nun hat die Kommission einen Änderungsvorschlag vorgelegt, nach dem lediglich Scheinselbstständige und Angestellte in den Geltungsbereich der Richtlinie einbezogen werden sollten (KOM/2008/650). Der neue Vorschlag der Kommission schafft mehr Verwirrung als Rechtsklarheit, denn eine klare Definition, wer als Scheinselbstständiger gilt, gibt

es nicht. Damit wird bei selbstständigen Kraftfahrer/innen der Sicherheitsstandard gesenkt. Übermüdung des Fahrpersonals ist eine der häufigsten Unfallursachen im gewerblichen Bus- und Lkw-Verkehr. Die Aufweichung der Richtlinie gefährdet nicht nur sie, sondern alle Teilnehmer/innen im Straßenverkehr. Die von uns unterstützte umfassende Regelung kann dazu beitragen, dass die erschreckende Zahl von jährlich fast 40.000 Toten auf den Straßen der EU verringert wird. Der alte Beschäftigungsausschuss hatte den Kommissionsvorschlag zurückgewiesen. Das wurde von den

Liberalen im Plenum zu Fall gebracht. So kam es dazu, dass der neue Beschäftigungsausschuss das Dossier auf die Tagesordnung setzte. Die Entscheidung des Beschäftigungsausschusses ist ein Rückschlag, aber noch keine Niederlage. Denn der Vorschlag der Kommission muss nun neu geprüft werden. Hier sehe ich die Möglichkeit, noch einmal die Argumente dafür zu sammeln, dass die ursprüngliche Richtlinie mit den umfassenden Regeln für alle Kraftfahrer/innen die beste Lösung ist. Aufgefordert sind nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die an Verkehrssicherheit interessierten Bürgerinnen und Bürger, die Europaabgeordneten in ihrem Wahlkreis davon abzubringen, für eine Aufweichung der Arbeitszeitregelung im Straßenverkehr zu stimmen.



Soziales in der Pipeline:

Darf der Europäische Sozialfonds Projekte zu 100 Prozent finanzieren?

Der Europäische Sozialfonds (ESF) fördert Projekte im Bereich Beschäftigungszugang, lebenslanges Lernen und zum Abbau von Diskriminierung aller Art. Er finanziert jedes Projekt nur zu einem Prozentsatz. Die Mitgliedstaaten oder auch die Projektträger sind zur Kofinanzierung verpflichtet. Die zunehmende öffentliche Verschuldung in einigen Mitgliedstaaten gefährdet diese Kofinanzierung. Damit können auch die ESF-Mittel nicht mehr eingesetzt werden. Deshalb hat die Kommission vorgeschlagen, die Projekte des ESF vorübergehend (für die Jahre 2010 und 2011) zu 100 Prozent zu finanzieren. Dabei sollen die finanziellen Zuteilungen des ESF pro Mitgliedsland nicht erhöht werden, sondern die Gelder aus den Jahren nach 2011 vorgezogen werden können. Wir Grüne haben diesen Vorschlag begrüßt, sind allerdings der Meinung, dass für die 100-Prozent-Finanzierung nur innovative Projekte ausgewählt werden sollten. Die Mitgliedstaaten lehnten im Rat jedoch den Vorschlag der Kommission ab. Die Kommission sucht mit dem Rat jetzt nach einem Kompromiss. Damit ist auch im Parlament das Verfahren erstmal angehalten worden. Denn das Parlament ist hier im Mitentscheidungsverfahren beteiligt.



Wie sieht das neue Instrument für Mikrokredite aus?



Spätestens seitdem der Nobelpreis 2006 an Muhammad Yunus und seine Grameen-Bank vergeben wurde, haben Systeme der »Mikrokreditfinanzierung« weltweit Anerkennung gewonnen. Die Rede ist von Kleinstkrediten, die an Menschen ohne eigene Kapitalgrundlagen für Existenzgründungen vergeben werden. Sie können so aus eigenem Antrieb der Armutsfalle entkommen.

In ihrer Mitteilung »Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung« (KOM/2009/257) schlägt die Kommission vor, Mikrokredite an Menschen zu vergeben, die arbeitslos geworden sind. Sie hat dazu bereits den Entwurf für eine Rechtsgrundlage veröffentlicht und schlägt für diesen Pilotversuch 100 Mio. Euro vor (KOM/2009/333). Mit Hilfe anderer Finanzinstitutionen wie z.B. der Europäischen Investitionsbank könnte der Anfangshaushalt von 100 Mio. Euro auf mehr als 500 Mio. Euro für Mikrokredite kommen.

Damit würde ihnen die Möglichkeit gegeben, sich selbstständig zu machen. Mit diesem neuen Instrument sollen benachteiligten Gruppen, darunter junge Menschen, der Weg zum Unternehmertum geebnet werden. Diese Initiative soll in den Mitgliedstaaten eng mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) verknüpft werden. Über den ESF erhalten die Einzelunternehmer/innen und Gründer/innen von Kleinstunternehmen Unterstützung in Form von Mentoring, Schulungen, Coaching und Kompetenzentwicklung. Damit knüpft die Kommission an ein bereits existierendes aber wenig bekanntes Finanzins-

trument – JASMIN – an. Mit JASMIN wurden Gelder aus dem ESF und von der Europäischen Investitionsbank an Mikrofinanzinstitute vergeben. Auf diese Erfahrungen setzt die Kommission mit ihrem neuen Instrument.

Im Beschäftigungsausschuss haben wir dieses neue Finanzierungsinstrument begrüßt. Denn es schafft genau dort eine Kapitalgrundlage, wo dringender Bedarf ist. Jedoch sind wir Grüne und auch die Sozialdemokraten nicht damit einverstanden, dass die Kommission dafür ausgerechnet das Finanzinstrument PROGRESS anzapfen will, vor allem nachdem das Parlament im Haushaltsverfahren der Finanziellen Vorausschau¹ darum gekämpft hat, dass PROGRESS um 100 Mio. Euro aufgestockt wurde. PROGRESS unterstützt Nichtregierungsorganisationen und ihre Projekte in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, sozialer Schutz, soziale Inklusion, Antidiskriminierung und Gleichstellung der Geschlechter. Mikrokredite sind für diese Arbeit der Nichtregierungsorganisationen völlig ungeeignet. Mit einer linksliberalen Mehrheit ist es uns im Beschäftigungsausschuss gelungen, für das Haushaltsverfahren eine eigene Haushaltlinie für die Mikrokredite zu schaffen. Nur so ist aus unserer Sicht das geplante Pilotprojekt für die Mikrokredite sinnvoll angelegt. Noch laufen dazu jedoch die parlamentarischen Verfahren. In 2010 ist dann mit diesem Instrument zu rechnen.

¹ Finanzielle Vorausschau heißt die auf sieben Jahre festgelegte Haushaltsplanung der EU.



Grüne Erfolge:

Die Grüne Kraft im EP ist gewachsen

Mit 55 Abgeordneten, so vielen wie noch nie, hat die GRÜNE/ EFA-Fraktion bei der Europawahl gewonnen. Wir haben damit den vierten Platz in der Rangfolge der Fraktionen zurückerobert und bleiben Zünglein an der Waage in vielen Entscheidungen. Das gibt uns die Möglichkeit, in den Verhandlungen grüne Positionen durchzusetzen. Zu unserer Fraktion gehören auch Abgeordnete aus den Regionalparteien (Europäische Freie Allianz), ein Abgeordneter aus der Piratenpartei und ein unabhängiger aus Estland.

Die Grünen haben überall zugelegt. Wir haben Abgeordnete aus 14 Mitgliedstaaten. Mit 14 Abgeordneten stellen Frankreich und Deutschland die größten Gruppen. Viele kleine Gruppen haben ihre Abgeordnetenzahl verdoppelt und ein hervorragendes Ergebnis hingelegt.

Während im Parlament nur etwas über die Hälfte der Abgeordneten neu ist, sind es in der Grünen Fraktion zwei Drittel. Mit dem Konzept des »Green New Deal« gingen alle Grünen Parteien in den Wahlkampf und sie gewannen dafür die Stimmen. Deshalb wird dieses Projekt auch unsere politische Arbeit in der Fraktion und in fast allen Ausschüssen bestimmen. Denn wir verbinden damit den ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Ausweg aus der Krise.

Studie über die Folgen von »neuen Formen« von Arbeitsverträgen

Eine Studie des Beschäftigungsausschusses untersucht die Auswirkungen der prekären Beschäftigungsverhältnisse in der EU. Die Studie belegt, dass Beschäftigte mit solchen Arbeitsverträgen schlechter gestellt sind als Arbeitnehmer/innen in normalen Beschäftigungsverhältnissen. Sie haben einen schlechteren Schutz am Arbeitsplatz, sind weniger in Tarifverträge eingebunden und haben weniger soziale Rechte. Die Mitgliedstaaten reagieren nur sehr langsam auf diesen verdeckten Abbau von Arbeitnehmer/innenrechten. <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?language=de&file=23224>



Termine:

17. November (Brüssel)

EU-Fonds für Klimaschutz

Wie kann Kohäsionspolitik CO₂-Ausstoß verringern? Wie können EU-Fonds für den Klimaschutz genutzt werden? Zur Konferenz »Climate Proofing EU Structural and Cohesion Funds« lädt die GRÜNE/EFA-Fraktion NGO-Vertreter/innen und Interessierte am 17. November nach Brüssel ein. Im Zentrum steht der Erfahrungsaustausch. Mehr dazu unter: <http://www.elisabeth-schroedter.de>

7.12. bis 18.12.2009 (Kopenhagen)

UN-Klimagipfel

Informationen zum Klimagipfel auf der offiziellen Website <http://en.cop15.dk/> und

die Kampagne »Stop the climate change« unter <http://www.greens-efa.org/cms/default/rubrik/6/6270.htm>

3. Dezember (Brüssel)

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

Das Europäische Parlament hat im Rahmen seiner Zustimmung zur UN-Konvention vom Rat gefordert, bis zu diesem Tag die Ratifizierungs-urkunde des Beitrittes der EU zur UN-Konvention und dem Fakultativprotokoll in New York zu hinterlegen.

Weiterlesen:

»Ein Grüner New Deal für Europa – Grüne Modernisierung als Weg aus der Krise«

Die Studie des renommierten Wuppertal-Instituts zeigt auf, wie die aktuellen Konjunkturpakete und die EU-Finanzinstrumente zu einem grünen wirtschaftlichen Aufschwung beitragen können.

Eine Zusammenfassung der Studie auf Deutsch gibt es unter: http://www.greens-efa.org/cms/default/dokbin/302/302257.zusammenfassung_ein_gruener_new_deal_fue@de.pdf. Die gesamte Studie (auf Englisch) finden Sie auf http://www.greens-efa.org/cms/default/dokbin/302/302250.a_green_new_deal_for_europe_towards_gree@de.pdf.

Den demografischen Wandel in Europa gestalten. Grüne Handlungsstrategien

Diese Broschüre, herausgegeben von Jill Evans, Jean Lambert und Elisabeth Schroedter, zeigt Möglichkeiten auf, mit dem demografischen Wandel umzugehen. Dabei geht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Handlungsstrategien für schrumpfende Regionen sowie um die Chancen von Integration und Zuwanderung.

Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden unter: info@elisabeth-schroedter.de

Service:

»europa sozial« zum Downloaden!

In meinem Newsletter informiere ich über wichtige Ereignisse in der europäischen Sozialpolitik. Alle bisher erschienenen Ausgaben finden Sie unter: www.elisabeth-schroedter.de/meine_themen/europa/Europa_Sozial.htm

Newsletter der Europagruppe Die Grünen bestellen!

In ihrem »Newsletter aus dem Europaparlament« berichtet die Europagruppe der Grünen über aktuelle Themen im EP. Der Newsletter erscheint monatlich und kann auf der Seite www.gruene-europa.de/cms/default/5/5767.newsletter.htm bestellt werden.

Aktuelle Links

Informationen über die Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft, die bis 31. Dezember von Schweden wahrgenommen wird, finden Sie unter <http://www.se2009.eu/>

»Spring Alliance« ist ein Netzwerk mit Mitgliedern aus allen Teilen der Zivilgesellschaft, das von vier führenden europäischen Zivilgesellschaftsorganisationen (CSOs) geleitet wird: dem Europäischen Umweltbüro, der European Trade Union Confederation, Social Platform und Concord. <http://www.springalliance.eu/home>

Kontakt:

Regionalbüro Berlin

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 71 508

BürgerInnenbüro Potsdam

Jägerstraße 18 · 14467 Potsdam
Tel.: 0331/ 704 85-11/ -10

Mitarbeiterinnen:

Christina Hölscher, Ulrike Bürgel

eMail: info@elisabeth-schroedter.de



Büro Brüssel

Rue Wiertz 60 · B-1047 Brüssel
Tel.: +32 2/ 28 45 234

Katrin Hugendubel, Ina Weinrautner

eMail: elisabeth.schroedter@europarl.europa.eu

Impressum:

Hrsg.: Elisabeth Schroedter, MdEP (v.i.S.d.P.)
Fraktion Grüne/EFA im Europäischen Parlament

Gestaltung: MarktTransparenz
Uwe Giese · Tel.: 030/ 873 13 53

Hoffotografen (1a, 6); Stardust/Photocase (1b); P. Ries/Pixelio (2); Fotolia/Fraktion Grüne (6); übrige: European Community

Druck: Gläser Berlin

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

2. Ausgabe Oktober 2009